

Vorlage der Verwaltung		Fachbereich: Büro des Bürgermeisters	Datum: 19.04.2011	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 1.8		Bezeichnung der Vorlage: "Politisches Jugendpraktikum", Antrag der FDP-Fraktion vom 22.12.2010		Datum: 24.04.2011
Vorlage-Nr: VO/1713/11				Bürgermeister: I.V. Gez. Schneider
Zu beraten im:				
Ö/N	Datum	Gremium		
Ö	10.05.2011	Haupt- und Finanzausschuss		

Sachverhalt:

Die FDP-Fraktion hat am 22.12.2010 nach § 20 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wegberg einen Antrag bezüglich der Durchführung eines „Politisches Jugendpraktikums“ gestellt.

Der Antrag wurde vom Rat am 22.03.2011 an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Die Verwaltung sieht in dem „Politischen Jugendpraktikum“ die Möglichkeit der Politik- und Parteienverdrossenheit seitens Jugendlicher und junger Erwachsener aktiv entgegenzuwirken. Ferner könnten auf diesem Wege die Entscheidungswege und Abhängigkeiten im Bereich der Kommunalverwaltung besser verdeutlicht werden.

Unter dem Leitbild „Politisches Interesse und aktives Engagement in der eigenen Stadt“ hat die Verwaltung als Grundlage für ein Praktikum folgendes 4-Stufen-Konzept erarbeitet:

1. Schulische Grundlagenvermittlung

In den drei weiterführenden Schulen vor Ort sollen im Rahmen des Lehrplanes, alternativ durch Bildung einer Projektgruppe, Kenntnisse im Bezug auf Staatsrecht, Kommunalrecht, die Kommunalwahl und die Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung als Basiswissen vermittelt werden.

Die Details hinsichtlich des Schulstoffes sowie der Zeitpunkt der schulischen Vorbereitung sind mit den Schulen noch abzustimmen.

2. Einblicke in die Arbeit der Fraktionen

Den interessierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll im Rahmen eines Gespräches mit den Fraktionsvorsitzenden bzw. Fraktionsvorständen und dem Beiwohnen einer Fraktionssitzung die „Tägliche Arbeit der Fraktionen“ praktisch veranschaulicht werden.

Als Zeitaufwand sind 1-2 Termine zu je ca. 2 Stunden in Absprache mit Fraktionen angedacht.

3. Einblicke in die Arbeit der Verwaltung

Im Vorfeld einer Fachausschuss- und/oder Ratssitzung sollen die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung sowie die Arbeit der Verwaltung im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung einer Sitzung an theoretischen und praktischen Beispielen vermittelt werden (Aufgaben einer Kommune, Aufgabenträger und Kompetenzen, Bürgerbeteiligung). Hier bedarf es einer entsprechenden Aufbereitung und Vermittlung an die Praktikanten, ggf. sind schriftliche Handreichungen für diese zu erstellen.

Als Zeitaufwand, ohne die vorbereitenden Arbeiten, sind 2 Nachmittage zu je 4 Stunden vorgesehen.

4. Teilnahme an einer Rats- oder Ausschusssitzung

Nach den vorangegangenen Schritten ist die Teilnahme an einer Ratssitzung und/oder einer Fachausschusssitzung im öffentlichen Teil geplant. Als Abschluss des „Politischen Jugendpraktikums“ sind eine kurze Nachbetrachtung der Sitzung sowie ein Abschlussgespräch im Bezug auf das Gesamtpraktikum vorgesehen.

Als Zeitaufwand sind 2 Termine zu je 2 Stunden vorgesehen.

Allen Teilnehmer des „Politischen Jugendpraktikums“ wird abschließend eine Praktikumsbescheinigung ausgehändigt.

Die Anzahl der angebotenen Praktikumsstellen ist stark abhängig von den personellen Ressourcen im Fachbereich „Büro des Bürgermeisters“ sowie der Zusammenarbeit mit den Schulen und Fraktionen.

Ferner sollten die 4 einzelnen Teile des Praktikums zeitlich auf einander abgestimmt sein, damit die Praktikanten diese in möglichst kurz aufeinander folgender Weise durchlaufen können. Hier bestehen entsprechende Abhängigkeiten zu den Sitzungen des Rates und der Fachausschüsse.

Es wird für die Ableistung des Praktikums keine Vergütung gewährt.

Die Verwaltung hat die weiterführenden Schulen im Stadtgebiet angeschrieben um den vorgeschlagenen ersten Teil des Praktikums „Schulische Grundlagenvermittlung“ mit den Schulleitungen abzustimmen.

Über die Ergebnisse des Seitens der Verwaltung in Abstimmung mit den Fraktionen und den Schulträgern noch zu vertiefenden Konzeptes wird in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses berichtet.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

Kosten und Finanzierung:

Es entstehen zurzeit noch nicht ermittelbare Verwaltungskosten (Personalkosten und Sachkosten) für die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Praktika.

Alternativen:

-keine-

Anlage/n:

Antrag der FDP-Fraktion vom 22.12.2010

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten
Gez. Stever FBL 101

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten